

Harald Rein

Begriffsunschärfen, Unterschiede, Kontroversen von Grundeinkommen, Mindestsicherung und Bürgergeld

Seit einigen Jahren werden unterschiedlichste Vorschläge und Vorstellungen zu neuen sozialen Sicherungsmodellen jenseits der auf Grundlage geregelter Lohnarbeit basierenden Sozialversicherungen diskutiert und vorgestellt.

Sie nennen sich Grundsicherung, Grundeinkommen, Mindestsicherung, Bürgergeld, negative Einkommenssteuer usw.

Gemeinsam ist ihnen allen, das sie eine Reaktion sind auf die Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Arbeitswelt. Stichworte, wie Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Ausbau von prekären Arbeitsfeldern und systematischer Sozialabbau seien hier stellvertretend genannt.

Die Diskussion über dieses Thema ist nicht neu, sie hat es bereits in den Achtziger Jahren gegeben (garantiertes Grundeinkommen im Zusammenhang mit einer Diskussion bei der GRÜNEN-Partei bzw. im Rahmen der europäischen Regenbogenfraktion, Libertäre Positionen –z.B. in der Zeitschrift „Alemantschen“-, oder beim 1. Bundeskongress der Arbeitslosen) und erlebte einen kurzen Höhepunkt Ende der Neunziger Jahre mit einem von autonomen politischen Gruppen zusammen mit Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen organisierten Existenzgeldkongress in Berlin (dessen positiver Nachklang auch mit der kurze Zeit später veröffentlichten Neubestimmung eines garantierten Grundeinkommens durch Andre Gorz in seinem Buch: „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ im Zusammenhang stand).

Aber erst seit, trotz aller „Bemühungen“ unterschiedlicher Bundesregierungen, Arbeitslosigkeit zum Dauerzustand oder zum regelmäßigen Lebensablauf vieler Erwerbstätiger geworden ist (dabei sind noch nicht die berücksichtigt, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt von Anfang an „verschlossen“ ist oder denen es nur möglich ist auf illegalem Wege am Lohnsystem der Bundesrepublik zu partizipieren) findet eine breitere, auch öffentlich geführte gesellschaftliche Debatte über Alternativen zu den herkömmlichen Sozialversicherungssystemen statt. Zum Teil auch deshalb, weil die herrschenden Konzepte ihre eigenen ökonomischen Grenzen erkennen.

An Vollbeschäftigung glauben nur noch Gewerkschaftsfunktionäre, die von alten Zeiten, des unbegrenzten Wachstums industrieller Kernbelegschaften träumen und Sozialdemokraten oder ähnliche politische Spezies, denen die Aufrechterhaltung der Mär von der Vollbeschäftigung als gesellschaftsstabilisierend erscheint. In der Praxis

ist die Antwort der rot-grünen Bundesregierung auf dauerhafte Arbeitslosigkeit das Vorantreiben autoritärer Staatsstrukturen, die insbesondere bei Arbeitslosen und SozialhilfebezieherInnen Armutsprozesse verstärken und den bürokratischen Repressionsapparat verschärfen. Leistungskürzungen, Ausschluss aus dem Leistungsbezug und Zwang zur Niedriglohnarbeit sind die „Rezepte“ zur statistischen Bereinigung zu hoher Arbeitslosenzahlen.

Und das ganze nennt sich ab 2005 offiziell „**Grundsicherung für Arbeitssuchende**“. Eine Grundsicherung also, die ihren Namen nicht verdient hat, ähnlich der bereits 2001 verabschiedeten „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“.

Hieraus ergeben sich drei Dinge für die weitere Diskussion:

1. Auch das gegnerische Lager entwickelt Gedanken über die Zukunft des Sozialstaates und produziert Vorschläge (wie zuletzt die FDP mit einem Bürgergeld anstelle der Sozialhilfe, dass so gestaltet sein soll, das Arbeitslose zur Erwerbsarbeit im Niedriglohnsektor gezwungen werden können, ansonsten das Bürgergeld nicht ausgezahlt wird).
Auch sie fordern eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, aber damit verbunden die Abschaffung der paritätisch finanzierten Sozialversicherung.
2. Es gibt Begriffe, die wurden, weil sie soziale Sicherheit vorgaukeln, zutiefst ideologisch gebraucht (siehe das Beispiel Grundsicherung).
3. Es herrscht auch bei uns Konfusion über Begrifflichkeiten (was heißt Mindestsicherung, was heißt Grundeinkommen?) und deren inhaltliche Bedeutung.

Ich möchte im folgendem eine grobe Unterteilung von Vorstellungen über

Einkommenssicherungen mit und ohne Lohnarbeit vornehmen.

Dann erkläre ich, welches Prinzip der Einkommenssicherung ich **favorisiere** (aus der Sicht von Arbeitslosen und SozialhilfebezieherInnen) und entwickle schließlich

Kriterien, auf deren Basis Vorschläge und Vorstellungen in diesem Bereich beurteilt werden können.

a. grobe Unterteilung von Einkommenssicherungen mit und ohne Lohnarbeit:

Grundsicherung (z.B. Mindesteinkommen, Mindestsicherung, Bürgergeld)

Ist vom Bedarfsfall abhängig (Bedürftigkeitsprüfung), Erwerbsarbeit hat Vorrang, mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Es geht um die Sicherung des Existenzminimums (je nach Definition) des Personenkreises der arbeitssuchend bzw. arbeitslos ist oder aus unterschiedlichen Gründen nicht am Erwerbsarbeitsprozess teilnehmen kann. Die sozialen Sicherungssysteme sollen in diesem Sinne reformiert werden. Sie blieben bei diesen Modellen von der Struktur her unangetastet.

Grundeinkommen (z.B. Sozialdividende):

Es besteht ein Rechtsanspruch auf eine bedarfsunabhängige, ausreichende materielle Absicherung (Vorschläge in Armutshöhe sind abzulehnen, wie z.B. vom Club of Rome 1997: „gerade soviel, dass der Ansporn mehr zu arbeiten, nicht darunter leidet“), Bedürftigkeitsprüfungen und die Abhängigkeit von zu leistenden Arbeiten entfallen. Es wird an den einzelnen Bürger ausgezahlt. Die Sozialsysteme sollen ersetzt werden.

b. eigene Position

Ich favorisiere das Grundeinkommensmodell, in seiner Variante als Existenzgeld, wie es von Arbeitslosen- und SozialhilfebezieherInnen seit Beginn der achtziger Jahre formuliert und weiterentwickelt wurde.

Was bewegt Arbeitslose sich mit diesem Thema zu beschäftigen?

Je dauerhafter die Massenerwerbslosigkeit anhielt, desto deutlicher wurde die Unmöglichkeit des kapitalistischen Systems, jedem Menschen im erwerbsfähigen Alter einen angemessenen Arbeitsplatz oder zumindest eine menschenwürdige materielle Absicherung zu garantieren, und um so häufiger wurde eine Lebensperspektive in Frage gestellt, die ausschließlich die Lohnarbeit als Sinn des Lebens akzeptiert. Hinzu kam das Scheitern des "Realsozialismus" und der Beginn des "Umbaus" des Sozialstaates. Altes musste neu diskutiert und Neues genau analysiert werden.

Profit ist das Treibmittel des Kapitalismus, seine Logik ist nicht die Produktion für den Bedarf, sondern beruht auf der Aneignung und der Akkumulation von Profit. Sie setzt eine unaufhaltsame Dynamik der Rationalisierung und Produktivitätssteigerung in

Gang, an deren Ende der massive Austausch von Menschen durch Maschinen steht. Diese Entwicklung kann auch als *"irreversibles Systemversagen"* (Robert Kurz) gekennzeichnet werden.

Von 1991 bis 2000 ist die Zahl der ArbeiterInnen in der Industrie in Westdeutschland von 4,9 auf 3,6 Millionen zurückgegangen. Die Produktivität von IndustriearbeiterInnen ist in Deutschland in diesem Zeitraum um über 70% gestiegen. (Statistisches Jahrbuch 2002)

In den USA wurde die im Jahre 1958 innerhalb einer Stunde produzierte Automenge im Jahre 2000 in weniger als 18 Minuten hergestellt.

Die Forderung nach vermehrtem Wachstum bedeutet in seiner Konsequenz den systematischen Abbau von existenzsichernden Erwerbsarbeitsplätzen.

Und schließlich bleibt festzuhalten, dass Arbeitslose zwar erwerbslos sind, aber nicht arbeitslos. In unterschiedlichsten Aktivitätsfeldern sind sie aktiv, z.B. auf den Gebieten Kunst, Erziehung, Selbstversorgung, Sport, Politik usw., aber für diese gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten erhalten sie keine materielle Unterstützung. Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen proklamierten die Forderung nach einem Existenzgeld als „Ende der Bescheidenheit“. Sie stellten die provokative Forderung auf, dass auch gut gegessen werden darf, ohne sich dem kapitalistischen Verwertungssystem unterwerfen zu müssen. Und das Existenzgeld für aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschlossene, für nie Eingetretene und für freiwillig Ausgetretene zu gelten habe.

Es soll in der Höhe ausreichend sein (nach Berechnung der BAG-SHI 850 € plus entsprechende Wohnkosten), es wird bedingungslos an Individuen ausgezahlt, es gilt auch als Mindestlohn, Mindestrente usw., es gibt ein eigenständiges Finanzierungskonzept sowie eine Begründung zur Höhe des Existenzgelds, es ist Basis für soziale Kämpfe gegen die Agenda 2010, für Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr usw. und es tritt für ein anderes Gesellschaftsmodell ein.

c. Kriterien für eine Grundeinkommenssicherung ohne Lohnarbeit

Vorschläge, die sich primär am Erwerbseinkommen über den Arbeitsmarkt oder an der Pflicht zur Lohnarbeit orientieren sind keine Alternative. Sie reproduzieren die kapitalistischen Grundbedingungen der Ausbeutung, der Produktivitätssteigerung ohne positive Auswirkungen für die Betroffenen, autoritäre Formen des Sozialstaates usw. Ebenso wenig sind Vorstellungen zu akzeptieren, die von einer Leistungshöhe

ausgehen, die das Armutsrisiko erhöhen. Darüber hinaus stellt sich die Frage welche Gesellschaftsanalyse dem jeweiligen Vorschlag zugrunde liegt, welches Menschenbild und welche Vorstellungen von Glück und einem menschenwürdigen Dasein zu erkennen sind (z.B. ob die gesellschaftlichen Spaltungen aufgrund von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt erträglicher gestaltet werden sollen, etwa durch subventionierte Arbeit). Ob es so etwas wie eine Utopie gibt (Leben ohne Arbeitslosigkeit und Armut, ohne Ausbeutung von Arbeitskraft, ohne Ausplünderung anderer Länder etc.) und wie eine gesellschaftliche Perspektive aussieht.

1. Es muss an Individuen ausgezahlt werden, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand.
2. Jeder hat einen garantierten Rechtsanspruch darauf, unabhängig von vorheriger Erwerbsarbeit und von der Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Das Grundeinkommen ist bedingungslos.
3. Es muss existenzsichernd sein (soziokulturelles Existenzminimum, siehe Berechnung der BAG-SHI).
4. Es geht auch um eine radikale Arbeitszeitverkürzung, bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sowie um einen ausreichenden Mindestlohn.
6. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um die Frage, wie die gesellschaftliche Produktion und Verteilung organisiert werden muss.
7. Und es geht um die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.
8. Es geht schließlich um ein anderes Gesellschaftsmodell.

Ein garantiertes Grundeinkommen in diesem Sinne:

- richtet sich gegen Armut und soll von Existenzängsten befreien,
- richtet sich gegen den Zwang, Niedriglohn-Jobs oder andere Zwangstätigkeiten annehmen zu müssen,
- richtet sich gegen Lohnsenkungen und Erpressbarkeit von Arbeitnehmern,
- richtet sich gegen Bürokratieauswuchs und kostspielige Arbeitsmarktprogramme,
- will, dass auch andere Tätigkeiten vollzogen werden können,
- fördert die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern,
- stärkt die Eigenverantwortung und es erlaubt allen, ihre Besonderheiten, unterschiedliche Fähigkeiten, Wünsche und Lebensstile unbekümmert zu entfalten,
- will eine gerechtere Verteilung von Einkommen,

- will ein universelles Menschenrecht auf ein Leben in Würde,
- tritt für ein anderes Wirtschaften und sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen ein und
- will eine Veränderung gesamtgesellschaftlicher Werthaltungen und Zielsetzungen.

Ein garantiertes Grundeinkommen wird nicht automatisch alle gesellschaftlichen Probleme lösen, dazu gehören bestimmte **Voraussetzungen**:

Wir müssen einen Bewusstseinswandel, hin zur Notwendigkeit eines garantierten Grundeinkommens herbeiführen.

Wir müssen unsere alltäglichen Lebensverhältnisse (Konsumorientierung, soziale Beziehungen etc.) verändern.

Wir müssen, im Sinne von Andre Gorz, dafür sorgen dass Arbeitszeit aufhört gesellschaftlich vorrangige Zeit zu sein, wir müssen lernen neue Formen der Gesellschaftlichkeit, neue Kooperationsverfahren, die jenseits der Lohnarbeit soziale Bindungen und sozialen Zusammenhalt schaffen, zu entwickeln und vielleicht müssen wir überhaupt erst wieder lernen außerhalb der Lohnarbeit tätig zu sein. Dazu gehört auch solidarisches Handeln, jenseits von egoistischen Rangeleien.